

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Danow u. Mittelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., in das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 30b.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober dem Raum kostet 5.- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Mörderzentrale Bayern

Genosse Gareis, der Führer der bayerischen USPD., ermordet — Ein Racheakt der DrgeSch

Das Attentat

München, 9. Juni. (W. L. B.)

Auf den unabhängigen Landtagsabgeordneten Gareis wurde heute nacht, als er sich von einer Versammlung, in der er über drohende Vertilgung der Schule gesprochen hatte, nach Hause begab, ein Revolverattentat verübt. Der Abgeordnete wurde durch vier Schüsse in den Kopf verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo er jetzt noch verstorben ist. Der Täter ist noch unbekannt.

Die Rache der Einwohnerwehr

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 10. Juni.

Heute nacht um 12.20 wurden auf den Genossen Gareis, als er von einer Freidenker-Versammlung in Begleitung eines Genossen zurückkehrte, unmittelbar vor seiner Wohnung vier Schüsse abgegeben. Der letzte Schuß drang durch das linke Ohr in das Gehirn ein. Genosse Gareis wurde sofort bewusstlos und verschied, nachdem er in das Schwabinger Krankenhaus gebracht worden war, dort um 2 Uhr nachts, ohne vorher das Bewußtsein erlangt zu haben. Der Mörder ist ein junger Mann in selbstbrauem Anzug und Wälschamajhen.

Schon seit Wochen erhielt Genosse Gareis Drohbriefe; eine Reihe von bayerischen Zeitungen haben wiederholt zu seiner Ermordung aufgerufen, ohne daß die Behörden einschritten. Vor wenigen Tagen erst schrieb ein Blatt der bayerischen Volkspartei, daß man den Genossen Gareis wie einen toten Hund totschießen dürfe. — Es ist ganz offensichtlich, daß der unermüdliche Kampf des Genossen Gareis gegen die bewaffnete Organisation der Konterrévolution und die Einwohnerwehren das Motiv zur Tat war.

Die Vertreter der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften beraten zur Zeit über die zu treffenden Maßnahmen. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Maffei haben, ohne die Beschlüsse der Gewerkschaften oder der Partei abzuwarten, beschlossen, die Arbeit niederzulegen.

Die Schurkentat gegen Gareis, den mutigen Führer unserer Partei in Bayern, der dort auf dem schwierigsten vorgehobenen Posten stand, ist ein Racheakt der bayerischen Reaktion. Der Mörder ist entkommen. Er hat schnelle Arbeit verrichtet, die auf gute und wohlüberlegte Vorbereitung schließen läßt. Und in Bayern gibt es ja bewährte Schulen für solche Vorbereitung. Dort besteht ja eine gut funktionierende Mörderorganisation, um heimlich Personen beiseite zu schaffen die der Reaktion, das heißt, dem Weichselkopf von Regierung, Münchener Polizeipräsident, Einwohnerwehren und DrgeSch, unbehagen sind. Im bayerischen Ordnungsstaat ja der Mord sozusagen eine offiziöse Einrichtung.

Der Täter ist entkommen. Dafür sorgt ja eben die Organisation. Wozu hätte man so gute Verbindungen noch oben. Aber der Mörder ist nicht der allein Schuldige. Über die Mitschuldigen sind der Ministerpräsident Rahr, der Polizeipräsident Boehner, die infamen Heizer, die die schlimmsten Vöbelinstinkte aufgewählt haben.

Die Regierung Rahr, unterstützt von allen bayerischen bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen über das Zentrum bis zu den Demokraten, hat diese Hehe in der gewissenlosesten und unverantwortlichsten Weise gefördert. Dieser bayerischen Regierung hätte es Deutschland beinahe zu danken gehabt, daß es von feindlichen Armeen besetzt worden wäre. Diese bayerische Regierung hat es zu verantworten, daß Bayern ein Jagdgebiet reaktionärer Ordnungsweisen geworden ist. Diese Staatsregierung, die durch bestialischen Verfassungsverstoß überhaupt erst ans Fuder gekommen ist, kann sich nur durch Terror und Vergewaltigung halten. Deshalb hat sie den Belagerungszustand heraufbeschworen, deshalb wütet die infame Justiz bei aufrechterhalten, deshalb wütet die infame Justiz bei aufrechterhalten, deshalb läßt sie Solidarität mit den „Volksgenossen“, deshalb läßt sie Solidarität mit den DrgeSch-Organen. Das ganze staatsstreiklästernde, monarchistische Geschicht hat nach dem Kapp-Putsch ein Wühl in Bayern gefunden, mit Ludendorff an der Spitze. Dort hin kriechen aus allen Winkeln Europas wie effies Gewürm die weißen Terroristen, dort predigt die amtliche Presse

der Regierung unaufhörlich Mord und Totschlag gegen alles, was nicht reaktionär und monarchistisch ist. Die Ueberraschung auf unseren Genossen Dr. Rosenfeld, auf den Rechtssozialisten Dr. Saenger sind nicht nur gebilligt, sondern es ist offen verkündet worden, daß es „noch besser“ kommen müßte.

Die Regierung Rahr hat ein ihr würdiges Werkzeug gefunden in dem Münchener Polizeipräsidenten Boehner. Dieses zweifelhafte Individuum trifft für die völlige Demokratisierung und Verrattung der Zustände die Hauptschuld. Die ganze Tätigkeit dieses Burschen war auf die Verfolgung der Arbeiterbewegung gerichtet, während die Ordnungsbanden seiner liebevollen Unterstützung stets gewiß waren. Sein Helfershelfer war der „Justiz“minister Roth, der über dieses ganze Treiben seine schützende Hand hielt.

Deshalb ist dieser Mord an Gareis kein Zufall. Er erklärt sich auch nicht aus irgendeiner besonderen Erregung oder Zuspitzung politischer Gegensätze. Gareis hat allerdings mit unbeirrbarer Energie, mit tapferer Unerschrockenheit die verurteilte Politik der Rahr und Boehner, der Esherrich und Konforten bekämpft. Aber gerade jetzt war die Entscheidung durch das Eingreifen der Entente bereits gefallen. Die große Masse der Bevölkerung hatte die Entscheidung ruhig aufgenommen. Sie war nicht erregt. Aber das DrgeSch und Regierungsgesindel legte nach Rache, das war erregt. Und deshalb dieser kaltblütig vorbereitete und organisierte Mord an dem Vorkämpfer für die Lebensinteressen nicht nur der bayerischen, sondern der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Deshalb ist dieser Mord — wir wiederholen es — kein Zufall, sondern das notwendige Ergebnis, die unentrinnbare Folge des Regierungssystems Rahr. Denn diese Ordnungsregierung hat in Wirklichkeit nie etwas anderes betrieben, als den blutigen Krieg gegen die Arbeiterschaft zu organisieren und zu predigen. Was die Wulle und Kunze und Lebius und die anderen Vorkämpfer der Deutschnationalen hier treiben, das ist dort von der Regierung gefördert, für den Fortbestand ihrer Existenz notwendige, in ein System gebrachte Bearbeitung der öffentlichen Meinung. Der Mord ist das Ergebnis.

Jetzt heißt es aber: Genug! Gareis darf nicht umsonst gefallen sein. Der Mord verlangt Sühne. Die Regierung Rahr muß fort, Boehner gehört wegen Begünstigung des terroristischen Treibens vor Gericht. Die Organisation der Mörderzentrale muß aufgelöst, die Schuldigen alle und ausnahmslos zur Rechenschaft gezogen werden. Wir zweifeln keinen Moment, daß der Mörder selbst gefunden werden kann, wenn ein anderer als Boehner ihn suchen läßt. Die bayerische Arbeiterschaft wird zu beschließen haben, welche Kampfmittel sie zur Verwirklichung dieser Forderung einsetzen will.

Die bayerische Frage ist aber jetzt mehr als je Reichsfrage geworden. Der Reichspräsident Ebert war immer sehr rasch bei der Hand, die Reichsregierung einzusehen, wenn von links her „die Ordnung gestört“ wurde. Er wird sich hoffentlich klar darüber sein, daß es jetzt mit der bisherigen Politik der Feigheit gegen die bayerische Reaktion nicht länger geht. Die Reichsregierung wird jetzt endlich merken, daß die bayerische Eiterbeule aufgestochen werden muß. Die Zeit, den Betrugskünsten des Esherrich und des Rahr Glauben zu schenken, ist vorüber. Das reaktionäre Geschicht wird sofort von der Oberfläche verschwinden, sobald es sehen wird, daß es ernst wird. Die Reichsregierung darf aber nicht länger in feiger Untätigkeit verharren. Der Belagerungszustand, die Volksgenossen müssen sofort beseitigt werden, da sie nur reaktionäre Kampfmittel darstellen. Bayern muß endlich der regierenden Barbarei entrissen werden. Ist die Regierung klug, so handelt sie aus eigenem Antrieb. Die Arbeiterschaft aber wird auf alle Fälle dafür sorgen, daß gehandelt wird.

Groß ist die Zahl der Märtyrer der Arbeiterbewegung, die in Bayern gefallen sind. Schwere Opfer hat auch unsere Partei bringen müssen. Kurt Eisner ist tot und jetzt auch Gareis, der mit Hingebung und Opferbereitschaft für uns gewirkt hat. Wir werden ihm den Dank abstaten,

indem wir die Feinde, die ihn gefällt haben, unerbittlich zur Rechenschaft ziehen werden.

Mit Gareis verliert die Unabhängige Sozialdemokratie Bayerns einen ihrer besten Köpfe. Er war der geistige Führer der Landtagsfraktion, die bei den Wahlen im Jahre 1920 zu ziemlicher Stärke angewachsen war. Auch er war erst seit dem Jahre 1920 Mitglied des Landtags, hat sich aber dort durch seine große Fähigkeiten bald eine geachtete Stellung zu verschaffen gewußt, und war von den politischen Gegnern gefürchtet. Den Kampf gegen die reaktionären Tendenzen in Bayern, insbesondere gegen die Einwohnerwehr, hat er mit ebenso großer Energie wie mit Geschick zu führen verstanden. Die Unabhängige Fraktion war unter seiner Führung deshalb stets der Gegenstand grimmigsten Hasses aller Anhänger dieser reaktionären Organisationen.

Gareis hat nur ein Alter von 32 Jahren erreicht. Er studierte in den Jahren 1908 bis 1912 an verschiedenen Universitäten Geschichte und Philosophie, wurde später Gymnasialoberlehrer und trat nach kurzer Zeit politisch hervor.

Kanzler als Mordanstifter

Neben dem Justizrat Esherrich ist der bayerische Regierungsbeamte Kanzler der wüteste Heher im Kampf um die Einwohnerwehr. Er ist der Organisator der „Orka“, einer Vereinigung, die sich die Aufgabe gestellt hat, den DrgeSchgedanken in Oesterreich zu pflegen, Waffen zu verschleppen und außenpolitische Konflikte anzuzetteln. Wir haben auch schon wiederholt gemeldet, daß die „Orka“ des Herrn Kanzler eine Mörderzentrale unterhält, deren Aufgabe es ist, Leute, die der DrgeSch schaden können, zu beseitigen. Noch in der Abendausgabe vom 4. Juni schrieben wir in einem Leitartikel über Herrn Kanzler:

Der Gefährlichste und Verwegenste von all diesen Abenteurern ist unzweifelhaft Herr Kanzler. Nachdem er jetzt durch seine Katastrophopolitik aufs neue mit dem Schicksal des deutschen Volkes spielt, ist es notwendig, zu seiner Charakterisierung daran zu erinnern, daß der Vorkämpfer der bayerischen Volkspartei, Herr Mayer-Kon, von ihm im März dieses Jahres in einem Brief an den Redakteur eines bayerischen Blattes schrieb, daß Kanzler Mitteilung besam, Kommunisten wollten geheime Waffenlager der Einwohnerwehr an die Ententekommission verraten. Darauf ging Kanzler mit Mayer-Kon in das Bureau der Landesleitung der Einwohnerwehr, wo er Aufweisung gab, die Berichter unter irgendeinem Vorwand auszusuchen und beiseite zu schaffen, umzubringen, und zwar unter Hinterlassung eines Merkmales, das die Motive zur Tat zweifelsfrei erkennen läßt! Weiter heißt es in dem Brief: „Daß aber Herr Kanzler hinzusetzte, die Führer brauchten bei der Ausführung seines Auftrages nicht ängstlich zu sein, hinter ihm stünde der Ministerpräsident, er werde im Falle von Anzeigen schon dafür sorgen, daß die Angeklagten freikämen, und daß Kanzler hinzusetzte, er habe schon mehr als einmal Einwohnerwehrleute, die sich durch Gewaltakte irgendwie gegen die beherrschenden Gesehe verhalten hätten, aus den Klauen des Gerichts befreit...“ Wegen dieser Äußerung schwicht gegen Kanzler ein Beschreien wegen Aufforderung zum Mord. Die Voruntersuchung hat schwer belastende Aussagen gegen ihn ergeben, aber trotzdem ist er als Staatsbeamter noch in Amt und Würden und darf sich an der Entwaffnung der Einwohnerwehr mitwirken. Leute, die in jedem anderen Lande im Zuchthaus sitzen würden, dürfen in Bayern solche wichtige Aufträge ausführen, wie es die Entwaffnung der Einwohnerwehr im Augenblick ist. Dadurch wird die ganze Entwaffnungsaktion zur lächerlichen Komödie.“

Solange in Bayern ein derartiges Gesindel regiert und solange es dort einen Justizminister gibt, der ein solches Gesindel nicht strafrechtlich verfolgt, solange wird der Mord an dem Genossen Gareis nicht der letzte gewesen sein.

Kampfanfrage der DrgeSch

München, 10. Juni.

In München ist im Ringhotel, dem Hauptquartier der bayerischen Einwohnerwehren, folgendes Telegramm eingelaufen: „Der Ringhotel München. Organisation keine Zeit umstellen. Esherrich muß Reichskanzler wegen Verfallungsbruch in Anklage bringen. Hier wird eiserne Weitergearbeitet, auch wenn Festsetzungen erfolgen. Nationalverbände sind umgehend anzuschließen. Werden Protestkampfe eröffnen. Drahtausen.“

Es handelt sich hier um die DrgeSch, die Esherrich unter keinen Umständen auflösen will. Schon in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Volkswachens“, hat Esherrich den Befehl der Reichsregierung zur Auflösung der DrgeSch als „Bruch der Verfassung“ bezeichnet. Der Mord an den Genossen Gareis soll anscheinend das Signal zum allgemeinen Widerstand gegen die Entwaffnung bilden. Dieser Widerstand kann nur gebrochen werden durch die Aufhebung

des Belagerungsstandes und durch den Sturz der Regierung Kahr, die durch ein Verbrechen ins Amt gekommen ist und die ihr Amt laufend zu Verbrechen mißbraucht hat.

Und noch eine andere Frage ergibt sich: Warum wird der Fortrat Echerich, der auch der Anstifter zur Ermordung des Genossen Gareis dringend verdächtig ist, nicht endlich wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Die bayrische Polizei

Wir haben in der Morgenausgabe vom 27. Mai ein längeres Schriftstück veröffentlicht, das von der nordbayrischen Landespolizei, die durch ein Verbrechen ins Amt gekommen ist und die ihr Amt laufend zu Verbrechen mißbraucht hat.

Die Berichtigung ändert nichts an der Tatsache, daß der von uns veröffentlichte Bericht echt ist und von der nordbayrischen Landespolizei, die durch ein Verbrechen ins Amt gekommen ist und die ihr Amt laufend zu Verbrechen mißbraucht hat.

Der betäubte Vohgerber

Der wildgemordete Spielbürger Dr. Echerich, den die Rudendorfsleute vorgeschoben hatten, um unter der Flagge der „Verfassungstreue“ eine große militärische Organisation über ganz Deutschland zu bilden, die im gegebenen Augenblick die Republik stützen sollte, hat einem Mitarbeiter des „Lokal-Anzeigers“ eine Unterredung über die Auflösung der Einwohnerwehr gewährt.

Echerich hat es sein heraus, die Öffentlichkeit über den Zweck seiner Organisation zu täuschen. Er ist darin ein wahrer Meister. Wenn die Orgesch so zu bewerten wäre wie jeder andere Verein, dann müßte auch den Staat und Regellubs das Recht zustehen, sich mit Kanonen und Maschinengewehren zu bewaffnen.

Die Herren werden sich auch dieses Mal verrechnen. Wir sehen den Maßnahmen, die getroffen werden sollen, mit größter Ruhe entgegen. Was uns anbetrifft, so sind

wir uns der Verantwortung bewußt, die wir mit dieser großen Organisation auf uns genommen haben. Auch wenn wir sollten der Gewalt weichen müssen — das Recht ist auf unserer Seite... Die Treue, die wir Männern und Frauen der Organisation Echerich uns gegenseitig durch Handschlag gelobt haben, wird nicht gebrochen werden, und das Wort, das unsere Herzen zusammenschließt und fest verbindet, können auch nur wir lösen... Mehr denn je werden wir dem Vernichtungswillen der äußeren und inneren Feinde den Erhaltungswillen in immer härter werdender einiger Entschlossenheit entgegenstellen.

In diesen Ausführungen liegt eine versteckte Drohung. Herr Echerich rechnet scheinbar damit, seine bewundernswürdige Organisation auf Schleichwegen erhalten zu können. Die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß Herrn Echerich die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Allerdings ist es auch dringende Pflicht der Reichsregierung, Bayern gegenüber endlich energisch aufzutreten. Den monarchistischen Verschwörern, die sich dort unten als politische Brandstifter betätigen, muß endlich das Handwerk gelegt werden.

Keine neutrale Zone

London, 9. Juni.

Wie Reuters an maßgebender Stelle erzählt, ist der Vorschlag der Errichtung einer neutralen Zone zwischen Polen und Deutschen in Oberschlesien als undurchführbar aufgegeben worden. Obwohl der Bericht Sir Harold Sturats bis jetzt noch nicht abgeschlossen ist, ist die englische Regierung doch im Besitze genügender Nachrichten, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die ersten Schritte zum Frieden in der vollkündigen Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission bestehen müssen. Bis jetzt ist dies an dem Unvermögen gewisser militärischer Mitglieder der Kommission gescheitert, die zu ihrer Verfügung stehenden Truppen gegen die Insurgenten zu gebrauchen, sobald die Umstände solches erforderlich machten.

Reuters weist darauf hin, daß ein englischer Militärzug in der Nähe von Gleiwitz von Insurgenten aufgehalten wurde und erst weiterfahren konnte, nachdem die Geländekarte vorantons eingeholt war. Die Unertüchlichkeit solcher Verpötlungen der Kommission wird allgemein anerkannt, und man glaubt, daß die Belästigungen bezüglich des Gebrauchs der Streitkräfte gegen die Insurgenten in Kürze aufgehoben werden, um eine vollkommene Zusammenarbeit unter den Alliierten in Oberschlesien zu erreichen. Eine in diesem Sinne abgefasste Note ist nach Paris und Rom abgegangen worden. Obgleich eine Antwort noch nicht eingehen konnte, zeigen die letzten Telegramme, daß die britischen Vertreter der beiden Regierungen dem belgischen Standpunkt zustimmen. Inzwischen ist die englische Regierung nach wie vor der Ansicht, daß eine baldige Zusammenkunft des Obersten Rates von größter Bedeutung ist. Es ist wahrscheinlich, daß der Gedanke einer Zusammenkunft von Sachverständigen nicht verworfen wird.

Im Unterhause fragte Oberst Wedgwood, ob irgendwelche Vorbereitungen für eine Konferenz, die über das Schicksal Oberschlesiens Beschlüsse fassen soll, gemacht worden seien, und ob britische Truppen gebraucht würden, um die deutschen Insurgenten zurückzutreiben, während französische Truppen ihre frühere Rolle in Oberschlesien unter Kontrolle der polnischen Insurgenten weiterführen. Chamberlain erklärte, die britische Regierung sei bereit zu einer baldigen Konferenz. Es seien jedoch noch keinerlei Vorkehrungen dafür getroffen worden, da andere Teilnehmer an der Konferenz darüber noch nicht bereit seien. Britische Truppen in Oberschlesien würden mit den übrigen alliierten Truppen bei der Wiederherstellung der Ordnung zusammen. Zwischen den britischen Truppen und dem deutschen Selbstschutz sei es zu keinerlei Konflikten

gekommen. Die zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes durch die alliierten Truppen notwendigen Maßnahmen würden augenblicklich erzwungen. Chamberlain teilte dann mit, daß über die Frage einer englisch-französischen Allianz ohne Beteiligung Amerikas nicht beraten werde. Wenn ein solcher Fall sich ergeben sollte, würde das Parlament bestimmt gehandelt werden.

Die oberschlesische Tragikomödie

London, 10. Juni.

„Times“ berichtet aus Oppeln, es scheint ernste Gefahr zu bestehen, daß man die oberschlesische Tragikomödie, die bereits fünf Wochen andauere, ad infinitum weitergehen lasse. General Le Rond, der sowohl von englischer als auch von italienischer Militär unterstellt werde, erklärte, trotz der britischen Verhätungen seien die alliierten Truppen immer noch zu schwach, um die Ordnung wiederherzustellen. Der „Times“ zufolge kommen noch immer regelmäßige Verstärkungen und Munitionsendungen aus Czernikow und Sosnowice nach Oberschlesien. Der „Times“-Berichterstatter erklärt, die Lage sei so, daß die Franzosen die Polen nicht als Insurgenten ansehen und nicht die Demütigung anerkennen wollten, der die französischen Truppen gemeinsam mit ihren Alliierten ausgelegt seien. Für die Franzosen seien die Polen zu allererst Alliierte. Der „Times“ zufolge besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß die Kommission ihre Autorität mit den ihr zur Verfügung stehenden Truppen herstellen kann, wenn sie nur will. Es handele sich für die alliierten Truppen nur um die Frage, ob sie bereit seien, wenn nötig, zu schießen. Die Franzosen hätten jedenfalls Befehl, nicht zu schießen, und die Polen wüßten es. Wenn sie bei der Anwendung entschlossener Maßnahmen sich keinerlei Gefahren aussetzen wollten, dann sei es schwerer zu verstehen, weshalb sie jetzt nach Oberschlesien geschickt worden seien.

Französische Antwort an Churchill

Das letzte Hindernis — Oberschlesien

Paris, 10. Juni.

„Petit Parisien“ schreibt zur Rede Winston Churchills, die Politik Frankreichs werde weder von Angst noch von Unversöhnlichkeit bestimmt. Die Haltung Frankreichs in Oberschlesien gelte nicht nur Frankreichs Sicherheit, sondern auch dem, was Frankreich als die einfachste Gerechtigkeit gegen Polen ansehe. Es sei wohl möglich, daß die französische Regierung gerade in diesem Augenblick wegen des letzten Vorfalls in Oberschlesien ihre Alliierten zu einem gemeinsamen Schritt in Berlin auffordern werde. Das gehe auf den Wunsch nach Entwaffnung zurück, und es sei ja Frankreich bewiesen worden, daß ohne Zwang Deutschland sich nur schlecht dazu verhalte, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn Deutschland den Beweis guten Willens gegeben habe, werde England überrascht sein, mit welcher Geschwindigkeit sich die französisch-deutsche Zusammenarbeit ergeben werde. In Wirklichkeit sei die französische Politik gegen Deutschland einfach und logisch. Einerseits wolle sie mit aller Kraft dafür einreten, daß Gerechtigkeit werde und daß Deutschland auferstehen gelte, was Schaden zu stiften, andererseits wisse Frankreich, daß die Wiederherhebung Frankreichs sowie die wirtschaftliche Wiederherhebung Europas folglich seien mit der deutschen Wiederherhebung. Auf dieser Doppelgrundlage könne eine endgültige Annäherung des französischen und des englischen Standpunktes erfolgen, doch müsse das letzte Hindernis, die oberschlesische Frage, beseitigt werden.

Einklemmung des Straßenbahnverkehrs in Breslau. Die elektrischen Straßenbahnen haben seit Donnerstag mittag 1 Uhr den Betrieb einstellen müssen. In der nachmittags tagen der Stadtverordnetenversammlung legte Oberbürgermeister Dr. Wagner dar, daß das Ausbleiben obererschlesischer Kohle, auf die die Feuerungsvorrichtungen des Elektrizitätswerks in Breslau eingerichtet seien, die Betriebs Einstellung verursacht hätte.

Russisch-irischer Vertrag. Am Donnerstag wurden von der Regierung als Belegbuch beschlagnahmte Dokumente, unter denen sich ein geplanter Vertrag zwischen der russischen Räterepublik und der Republik von Irland befand, veröffentlicht. Die Dokumente tragen das Datum vom 15. 6. 1920. In dem Vertragsentwurf ist vorgesehen, daß beide Regierungen die Lieferung von Waffen, Munition und anderen militärischen Vorräten, die gegen eine der beiden Republiken gerichtet sind, verhindern.

Arbeiter-Büchertisch

Der Arbeiter-Büchertisch erscheint jeden zweiten Freitag.

Kunstbücher

Ueber das Thema der Kunst und Kultur in der kommunistischen Gesellschaft schrieb Heinrich Vogeler unter dem Titel „Proletkult“ in den „Silbergäulen“ (einer Reihe aktueller Schriften, die der Verleger Paul Stegemann in Hannover herausgibt. Jeder Band kostet 2 M.). Der reise Optimismus Voglers ist gewiß sympathisch, aber nicht immer überzeugend. Ist ein Satz wie der folgende haltbar: „Die kommunistische Ordnung verzichtet überall auf die Scheinkultur der bürgerlichen Gesellschaft? Ich glaube, die Ordnung macht es nicht, wenn nicht die Gesinnung da ist. Es ist schön, daß ein Mann wie Vogeler schreibt, was wir von einer neuen Menschlichkeit erhoffen, was wir für sie wünschen. Aber dieses Neue, das wir wünschen, ist deshalb noch längst nicht da, auch nicht mit der „neuen Ordnung“ — wenn wir es nicht gestalten. Die Zusammenstellung der beiden Begriffe „Kunst“ und „Proletariat“ bedeutet also in erster Linie: eine Aufgabe.“

In den „Silbergäulen“ erschienen noch einige andere Schriften Voglers: „Explosionismus der Liebe“, „Das neue Leben“, „Gedlungswesen und Arbeitsweise“.

Beiträge zu dem Thema Proletkult bringt aus den verschiedenen Ländern gewissenhaft die „Aktion“. Im „Forum“ (Hefi 2). Auch diese in dieser Beziehung wertvolle Darstellung schadet sich — und wie viele weniger erstarrte erst recht! — durch eine starre Dogmatik. Es wird nicht erkannt, welche Kräfte in der neuen Kunst tatsächlich wirken. Ihre Charakteristik durch Klara Zetkin ist vollkommen schief, weil Klara Zetkin sie aus Dogmatismus unter allen Umständen — auch wenn sie ganz anders wären — für „bürgerlich“ halten muß, während sie in Wirklichkeit, für den, der sie erlebt, gerade so ziemlich das einzige Unbürgerliche in unserer Zeit sind. Vorgefasste Meinungen, die dem Erleben den Weg versperren, die sind bürgerlich, typisch-bürgerlich, gleichviel, ob sie das kapitalistische oder das kommunistische Vorzeichen haben.

Eine sehr schöne Aufgabe stellt sich jetzt der Verlag Erich Koll, Berlin, mit seiner Zeitschrift „Der Ausdruck“. Außer wertvollen neuen Dichtungen will er in Reproduktionen großen Formates Meisterwerke neuer Zeichenkunst in Faksimilewiedergabe und möglichst in Größe des Originalen bringen. Das erste Heft enthält vier hervorragend schöne Blätter von Gogh's, darunter das erste und letzte Blatt „Café in Arles“. Die nächsten Hefte, deren Preis je 8 M. ist, sollen Arbeiten von Mané, Nothe, Morgner u. a. bringen.

Eine andere gute Möglichkeit, sich Anschauungsmaterial zu verschaffen, bieten die kleinen, manchmal zu kleinen Bände des „Orbis pictus“, die Paul Westheim im Verlage Ernst Wasmuth, Berlin, herausgibt. Der Preis ist je 16,50 M. Die bisher erschienenen Hefte geben nach einem kurzen allgemeinverständlichen Vorwort Abbildungen nach indischen Bauten, frühgriechischen Plastik, chinesischen Landschaften, russischen Kirchen, Fresken und Tafelbildern. Die einführenden Texte stammen u. a. von Paul Westheim, Alfred Salmony, Fannina W. Halle. Die Bände sind für Bibliotheken schon jetzt unentbehrlich. — Vielleicht noch glücklicher ist die zweite Unternehmung des Verlages Wasmuth: die „Kunsthefte“. Diese bringen zu dem erstaunlich billigen Preis von je 4,50 M. 13 Tafeln in vorzüglicher Reproduktionstechnik, dazu meist ein graphisches Originalwert oder eine Farbendruckwiedergabe. Es erschienen bisher u. a. die folgenden, besonders erfreulichen Hefte: Ein althebräischer Totentanz. Die ältesten Christusbilder. Das griechische Grabrelief. Das Mumiensporträt. Dantsch (dieses unbeschreiblich schöne Stadt läßt sich freilich aus Rhodos allein nicht veranschaulichen). Das Heft „Junge Berliner Kunst“ mit 13 Originalillustrationen ist offenbar sehr gut gemeint — und es hätte eine Tat werden können, wenn nicht die Auswahl der Künstler und der begleitende Text sehr daneben gingen. Vielleicht unternimmt es der Verlag, in diesen Kunstheften einmal eine Auswahl aus den viel zu wenig bekannten Köstlichkeiten etwa des „Breviarium Grimani“ oder eines anderen illustrierten Buches zu bringen. Ferner: Jean Fouquet, Piero della Francesca — und dringend erwünscht wäre der Hausbuchmeister Adolf Behne

Saltykows „Satiren“

Rosa Luxemburg gibt in ihrer schönen Einleitung zu Wladimir Korolenkos „Geschichte meines Zeitgenossen“ eine prächtvoll gedrungene, lebensvolle Entwicklung der russischen Literatur. Hier spricht sie auch von einem Genie der russischen Satire, „das für die grimmige Gehäselung des Absolutismus und der Bürokratie eine ganz eigenartige literarische Form, eine eigene, unübersehbare Sprache erfinden und die geistige Entwicklung der Gesellschaft in steigender Weise beeinflusst hat“. Von Michail Saltykow-Schtschedrin ist die Sprache. Auch Peter Kropotkin nennt ihn in dem trotz aller subjektiven Verzerrung (besonders Dolgozemskis) grundlegenden Wert „Ideale und Wirklichkeit in der russischen Literatur“ (Verlag Theodor Thomas, Leipzig) einen der populärsten Schriftsteller Russlands, dessen Eindruck ungeheuer war.

Kropotkin kennt ihn fast niemand in Deutschland, obwohl der Verlag Georg Müller, München, ihn, der 1826 bis 1889 gelebt hatte, den Deutschen in einer großen Ausgabe nahe zu bringen suchte, von der freilich bloß der erste Band „Die Herren Golomijow“, ein Roman, erschienen ist. Jetzt ist eine Auswahl seiner „Sa-

lizen“, übertragen von Jega Friß, im Verlag des Neuen Merkur in München herausgekommen.

liest man sie, so lernt man in Saltykow einen Aufklärer der verhärteten russischen Erde, einen Boden- und Wegbereiter der geistigen und politischen Revolution kennen. Das Gebäude auf diesem Grund haben andere aufgerichtet. Seine Satiren sind nicht geistigbeschwungene und tödliche Dichtungen, wie die von Karabels oder Swift, sondern scharfes, eindringliches Material für den Kulturhistoriker. Der kann an Saltykow unmöglich vorbeigehen, denn er findet in ihm Ruhland im Reim, nicht ausgebrochen, aufgeduldet, wie bei den Volendern, sondern drängend, stehend, vor treibender Entwicklung. Kropotkin findet Saltykows Satiren zu wenig bestimmt, und debouert, daß die Pointen aus Rücksicht auf die Zensur oft zu verborgen seien. Ein kritischer Eindruck, den auch der deutsche ästhetisch interessierte Leser teilen dürfte.

Aber andererseits, wie messerscharf können seine Situationen und Worte sein. Etwa: „Ich kann unsere sogenannte Intelligenz mit nichts anderem vergleichen, als mit einem ganz alten Ferkel, in dem das Innere vollständig ausgebrannt ist. Man kann darin einen ganzen Wald verbrennen, ohne daß er warm wird.“ Ober: wenn der russische Knabe ohne Hofen dem deutschen Knaben mit Hofen vorwirft, der Deutsche habe die Seele für einen Pfennig dem Teufel veräußert, und dieser empört erwidert: „Man leugnet, daß ihre Seele umsonst weggegeben hat“, und der Russe triumphiert: „Eben umsonst und nicht für einen Pfennig. Wenn ich sie umsonst weggegeben habe, kann ich sie auch zurücknehmen.“ Der Russe nahm seine Seele zurück. Und daß er es tat, dazu half ihm auch Michail Saltykow-Schtschedrin.

Oscar Maurus Fontana

Dr. Heinrich Kanner: Die neuesten Gesichtspunkte, Verlag Hugo Heller, Wien und Leipzig 1921. Preis 2 M.

Eine ungeheure Literatur hat sich bereits über die Entstehung des Weltkrieges und die mit ihr zusammenhängenden Fragen angesammelt. Wer kennt sie? Von Tausenden kaum einer. Zum Teil erklärt sich das aus einer gewissen resignierten Würdigkeit, zum Teil aber auch aus der großen Schwierigkeit, sich durch den ungeheuren Hauf der Atemmüllungen, Kommentare, Erinnerungen usw. durchzuarbeiten. Nur wenige, auch in den Reihen der Arbeiterklasse, haben der vorrätigen Arbeit Kanner's, „Wie der Weltkrieg entstand“, die gebührende Beachtung geschenkt; noch viel weniger kennen den Inhalt der in vier Bänden erschienenen „Deutschen Dokumente zum Kriegsbruch“ und der „Oesterreichischen Kolibücher“, in denen die Vorgänge vor Ausbruch des Weltkrieges und der Anteil der Staatsleiter und Anführer der Mittelmächte an dem Weltverbrechen des Krieges atmestmöglich festgelegt wird.

Den Nutzen von dieser Erkenntnis und Interessiertheit hat in erster Linie die Reaktion, die nicht müde wird, die Schuldfrage für ihre speziellen Zwecke auszunutzen. Es muß unter diesen Umständen begründet werden, daß vor kurzem von dem früheren Oberredakteur der Wiener „Zeit“, Dr. H. Kanner, eine knappe aber schätzbare Zusammenstellung der wesentlichsten Ergebnisse der schließ-

Erkaiser Karl verläßt die Schweiz

Interpellationsdebatte im Schweizerischen Nationalrat

Bern, 8. Juni.

Der Nationalrat behandelte am Donnerstag zwei Interpellationen betreffs des ehemaligen Kaisers Karl. Die eine Interpellation von Grimling verlangte Auskunft über die Umstände, unter denen Karl die Schweiz verlassen hat und fragt, ob ihm der Aufenthalt in der Schweiz nicht untersagt werden sollte. Die Interpellation von Bonns, der die Aufforderung an Karl, die Schweiz im August zu verlassen, als eine Verletzung des Asylrechts betrachtet, erlucht den Bundesrat um Auskunft über die Richtlinien, die er zur Wahrung der schweizerischen Tradition des Asylrechts einnehmen will. Der Chef des politischen Departements, Bundesrat Motta, stellte in Antwortung der Interpellation fest, daß der Bundesrat sich über das Verhalten Karls auf Schloß Prangins nicht äußern könne. Gegen monarchistische Umtriebe habe nicht einzuwenden werden können, so lange die Beweise fehlten. Die Wiedereröffnung in die Schweiz sei im Interesse des europäischen Friedens gestattet worden. Das Ansuchen der ungarischen Regierung habe nicht zurückgewiesen werden können. Karl habe keine amtliche Passierscheine, auch selbst erklärt, sich weder eines falschen Passes noch der Hilfe eines Beamten bedient zu haben. Höheres dürfte zur Vermeidung weiterer Verwicklungen nicht beizugehen werden. Karl habe von sich aus mitgeteilt, er werde die Schweiz im August verlassen. Als ihm ein schweizerischer Regierungsvertreter die Bedingungen für die Abreise mitgeteilt habe, habe er erklärt, er halte es, nachdem er über die Lage unterrichtet worden sei, für seine Pflicht, dem Bundesrat durch seine Anwesenheit keine Unannehmlichkeiten zu bereiten und werde deshalb das Land verlassen. Der Nationalrat lehnte eine allgemeine Erörterung der Interpellation mehrheitlich ab.

Die Holzhäuser für Nordfrankreich

Paris, 9. Juni. (Havas.)

In der Besprechung, die vor einigen Tagen im Ministerium für die besetzten Gebiete zwischen französischen und deutschen Sachverständigen über das deutsche Angebot an Frankreich, als Reparation 25 000 Holzhäuser zu liefern, geführt wurde, wurde festgestellt, daß der Preis für diese Häuser bedeutend höher sei, als für die gleichen von der französischen Industrie gefertigten Häuser. Um eine beträchtliche Verminderung des Preises der verschiedenen Typen zu erzielen, wurden gewisse Änderungen an den vorgelegten Plänen und Vorschlägen von der deutschen Delegation verlangt. Da diese keine endgültige Verpflichtung übernehmen konnte, wurde beschlossen, eine Kommission von Sachverständigen nach Deutschland in Begleitung eines Vertreters des Ministeriums für die besetzten Gebiete zu senden, die die fertiggestellten Konstruktionen an verschiedenen Plätzen wie Stuttgart, Berlin und seiner Umgebung besichtigen und von den Unternehmern gleichzeitig mit den verlangten Konstruktionsänderungen einen Preisnachlaß zu erzielen suchen soll, um die Preise mit den französischen in Einklang zu bringen.

Die Leipziger Urteile

C. E. London, 10. Juni.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Bottomley erklärte der englische Generalstaatsanwalt Ernest Pollock im Unterhaus, er habe den Prozessen gegen die Kriegsbeschäftigten in Leipzig beigewohnt und könne dem Hause versichern, daß die Urteile gegen die Angeklagten für die militärische Partei sehr erniedrigend gewesen seien. Die Strafe von 10 Monaten Gefängnis gegen einen Angeklagten werde als schwere Niederlage empfunden. Auf die Frage Bottomleys, ob er als Vertreter der englischen Regierung mit den gefällten Urteilen einverstanden sei, erklärte Pollock, er halte den Augenblick noch nicht für gekommen, um sich über diesen Gegenstand zu äußern.

Englisch-russischer Notenwechsel

Gegenrevolutionärer Putsch in Wladiwostok

In Wladiwostok sind vor kurzem die russischen Gegenrevolutionäre unter General Kappel siegreich gewesen und haben die dortigen Regierungsstellen der Republik des fernsten Ostens gestürzt. Es hat den Anschein, daß Japan bei diesem Akt nicht unbetellig gewesen ist. Zwischen zuverlässigen Nachrichten fehlen bis jetzt. Inzwischen hat der Volkskommissar für Auswärtiges der Sowjetrepublik

Thälheimer eine gleichlautende Note an die Ministerien für auswärtige Angelegenheiten Englands, Frankreichs und Italiens gerichtet, in der er erklärt, daß der Sturz der bolschewistischen Regierung in Wladiwostok unter dem Schutze der Japaner durchgeführt worden sei. Die Franzosen unterstützen die japanischen Pläne, und alle Ententemächte tragen die Verantwortung dafür. Großbritannien wird in der Note feindliche Tätigkeit, die nicht in Übereinstimmung mit dem englisch-russischen Vertrag sei, vorgeworfen.

Lord Curzon hat durch seinen Sekretär antworten lassen, die Note sei nicht annehmbar, da es weder Brauch noch für gute Beziehungen förderlich sei, daß eine Regierung, ohne genügendes Beweismaterial vorzubringen, vollkommen grundlos Beschuldigungen gegen eine andere Regierung richte. Die britische Regierung lehne es deshalb an, in irgendeinem Schriftwechsel in dieser Sache einzutreten.

Prophet Thälheimer

Die Moskauer „Iswestia“ teilen mit: „Am Tage der Eröffnung des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau hielt nach den Reden Lenins, Wliljuzins und Chinschuks der Redakteur der „Roten Fahne“ Thälheimer eine Begrüßungsrede. Er sagte unter anderem, daß der erste Eindruck, den man bei der Ankunft in Sowjetrußland gewinnt, darauf hinweist, daß die Macht zweifelsohne in den Händen der Arbeiterklasse liegt. Doch andererseits bemerkt man, daß Sowjetrußland große Schwierigkeiten zu überwinden hat und daß man deshalb der Sowjetrepublik zu Hilfe kommen muß. Und vor allem wird es die deutsche Arbeiterklasse sein, die ihr Hilfe leistet. In Deutschland vertieft und verstärkt sich das revolutionäre Empfinden des Proletariats. Dieses Empfinden wird hervorgerufen — einerseits durch das Beispiel Rußlands — andererseits durch die allgemeine Beredung. Der Märzaufruf endigte mit einem Mißerfolg, doch danach wurde die Kommunistische Partei stärker als zuvor. Die Partei bereitet sich zum entscheidenden Kampf für die Eroberung der politischen Macht vor. (Wieder eine Ohrfeige für Brandler, die glücklicherweise zu spät kommt, da sie ihm das ganze Konzept seiner Verteidigungsrede verdorben hätte! N. d. R.) Sobald der Umsturz der deutschen Kommunistischen Partei gelingen wird, wird das ein Signal zur allgemeinen europäischen Revolution bedeuten. Das industrielle Sowjetdeutschland und das an Rohstoffen reiche Sowjetrußland werden einen festen Wall für die Weltrevolution bilden, und beide Länder werden sich in gegenseitiger Hilfe schnell wieder aufrichten.“

Der betrogene Runge

Der Hilar Otto Runge, der am Mittwoch auf dem Arbeitssachweis des Berliner Metallarbeiter-Verbandes erschien, von den Erwerbslosen als Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts erkannt und verprügelt wurde, hat auf dem Polizeipräsidium folgende Angaben gemacht:

„Ich wohne mit meiner Frau und zwei Kindern in der Draniensburger Straße, besitze keine Barmittel und befinde mich in großer Not, da die Verzehrungen, die mir im Edenhotel gemacht worden sind, nicht gehalten werden. So wurde mir seinerzeit bestimmt erklärt, daß nach Verbüßung der Gefängnisstrafe 10 000 Mark beim Rechtsanwalt Grünspach in Berlin für mich hinterlegt seien. Jetzt freisetzt man das ab. Weiter habe ich ein Dokument in den Händen, in dem mir eine monatliche Rente von 300 Mark versprochen wird. Auch das leugnet man jetzt. Ich war deshalb gezwungen, da ich Metallarbeiter von Beruf bin, im Arbeitssachweis des Metallarbeiterverbandes in der Drielenstraße Arbeit zu suchen.“

Runge, das Werkzeug der Offiziere aus dem Edenhotel, hatte tatsächlich das Versprechen bekommen, nach Ablauf der Strafreise bis ans Lebensende versorgt zu werden. Solange er noch mit seinen beninnoften Mordlumpen in dem sibirischen Gefängnis zu Noat in Unterhüfungshaft saß, wurde auch reichlich für ihn gesorgt. Die Mörder, die keine strenge Einzelhaft hatten, weil das für einen Offizier scheinbar nicht schicklich ist, veranstalteten während der Haftzeit wahre Essen- und Trinkorgien, und Runge war immer Ehrengast bei Tische. Nachdem er dann verabredungsgemäß alle Schuld auf sich ge-

laden hatte und die Offiziere die Freiheit wiedererlangt hatten, wurde Runge schnell vergessen. Er mußte seine Strafe abtun, die Versprechungen wurden nicht erfüllt. Schon vor einem Jahre hat Runge dieserhalb ein offenes Gesuch an die Regierung abgelegt, dieses wurde von den Stellen, an die es gelangte, unter Versagen. Das Geständnis gelangte später in unsere Hände, und wir übergaben es der Öffentlichkeit, worauf der Staatsanwalt eine neue Untersuchung einleitete.

Dürfen wir fragen, wie weit dieses Verfahren bereits gediehen ist und welche Schritte der Staatsanwalt eingeleitet hat, um die Herren Offiziere, die als Haupttäter in Frage kommen, dingfest zu machen?

Die Seeräuberflotte

In den norddeutschen Hafenstädten wird seit einigen Wochen, beinflusst durch die nationalsozialistischen Parteien, eine starke Hege gegen die schwarz-rot-goldene Flotte betrieben. Schiffsoffiziere und Mannschaften werden aufgefordert, die Flagge auf den Handelsschiffen nicht zu führen. Bei einer nationalsozialistischen Protestversammlung in Hamburg bezeichnete Paul Müller, der Führer des Seemannsbundes, einer der mächtigsten Kriegsschiffreder der rechtssozialistischen Partei, die schwarz-rot-goldene Flotte lebhafte Logar als „Seeräuberflotte“. Die Hege hat zur Folge, daß einzelne Handelsschiffe den Bestimmungen der Reichsverfassung zum Trotz mit der Flagge der deutschen Kriegsschiffreder (Schwarz-weiß-rot) ausfahren. Der Bremer Dampfer Wigbert, der am 8. Juni im Hafen von Duala eingelaufen war und die schwarz-weiß-rote Flagge führte, wurde von der französischen Behörde am Landen und Löschen verhindert, mit der Begründung, daß er die falsche Flagge führe. Der Dampfer hat darauf den Hafen von Duala wieder verlassen müssen, obwohl er für französische Rechnung geladen hatte.

Es ist also gerade das Umgekehrte eingetreten, was die nationalsozialistischen Schreiber behauptet hatten. Nicht die schwarz-rot-goldene Flotte, sondern die schwarz-weiß-rote Flotte wird als Seeräuberflotte angesehen und der deutsche Handel dadurch in die allerschwersten Schwierigkeiten gebracht. Für derartige Zwischenfälle ist allerdings in erster Linie die Reichsregierung verantwortlich zu machen, die nicht den Mut hat, ein paar verrückten Schreibern gegenüber fest zu bleiben und den Gelehrten Achtung zu verschaffen.

Straßenräuber-Manieren

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft erpreßt Steuernachlässe

Allerhand Einblide in die Verusche der großen Unternehmungen, sich den Steuerleistungen zu entziehen, eröffnet das von der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart beliebte Verfahren, eine Ermäßigung ihrer Steuern zu erzwingen. Die Gesellschaft, die durch den schamlosesten Betrug des Reiches während des Krieges bei ihren Lieferungen viel von sich reden gemacht hatte, hat in ihrem kürzlichen Bericht über das Geschäftsjahr 1920 bitter über die württembergische Steuerleggebung und Steuererhebungspraxis geklagt und mit einer „möglichst weitreichenden Verlegung ihrer württembergischen Betriebe nach anderen Gegenden Deutschlands gedroht“, falls nicht ihre Steuern ermäßigt werden. Selbstverständlich hatte der Finanzminister für die Klagen der Daimler-Aktionäre volles Verständnis, und so richtete er an die Gesellschaft einen Brief, der jetzt erst bekannt wird und den wir seines bezeichnenden Inhalts wegen in vollem Wortlaut veröffentlichen. Das Schreiben lautet:

Stuttgart, den 8. Juni 1921.

An die Firma Daimler-Werke

Stuttgart-Untertürkheim.

Wie ich dem „Schwäb. Merkur“ vom 2. Juni ernehme, sollen die Daimler-Werke infolge der starken steuerlichen Vorbelastung, die die württembergische Industrie durch die württembergische Steuerleggebung, insbesondere die Gewerbesteuer und die Steuererhebungspraxis erfahre, gezwungen sein, ihren Betrieb nach Möglichkeit zu verlegen, und soll die Verlegung Ihrer Ruhmabteilung nach der Zweiganstalt Berlin-Kartenfelde im Gange sein.

Ich möchte nicht unterlassen, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß die württembergische Regierung, wie ich bereits im Landtage angekündigt habe, schon diesen Herbst einen Gesetzentwurf über die Änderung der Gewerbesteuer vorlegen wird, nach dem insbesondere auch die vom Landtage seinerzeit beschlossene Vorbelastung der Erwerbseinkommen beseitigt und das Verfahren für deren Einschätzung näher geregelt werden soll.

Auch darf ich vielleicht darauf hinweisen, daß der preussische Staat und die Stadt Berlin bei der außerordentlichen Höhe ihres Abmangels im Haushalt und nach den angekündigten Finanzvorlagen schon in diesem Jahre zu einer starken Anspannung der ihnen noch verbliebenen Steuern auf Grundbesitz und Gewerbebetrieb genötigt sind.

Ich bin daher der Überzeugung, daß durch die beiden von mir erwähnten Maßnahmen die bisherige steuerliche Vorbelastung der württembergischen Industrie mit Wirkung vom 1. April 1921 an aufgehoben wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung (gez.) Liesching.

„Schnell gibt, wer doppelt gibt“, hatte der „Schwäbische Merkur“ bei der Veröffentlichung des Daimler'schen Geschäftsberichts geschrieben und die Folgen einer Verlegung der Daimler-Werke in den grellsten Farben geschildert. Diese Mahnung des „Schwäbischen Merkur“ und der übrigen kapitalistischen Presse ist bei dem württembergischen Finanzminister auf fruchtbaren Boden gefallen, wie sein Brief beweist.

Anstatt diesem großindustriellen Unternehmen, dessen Leistungsfähigkeit ohne jeden Zweifel ist, die ganze Macht der Staatsgewalt entgegenzusetzen, um seinen Praktiken, durch die der Staat schon früher um Millionen geschädigt worden ist, endlich einmal ein Ende zu bereiten, will der württembergische Finanzminister den Wünschen dieser großindustriellen Steuerdrückbeuger in vollem Maße Rechnung tragen. Dieses Nachgeben des Ministers hat natürlich ohne weiteres die Folge gehabt, daß andere industrielle Unternehmungen das gleiche Verfahren geahndelt haben. Eine solche Praxis der Steuerleggebung und Verwaltung zeigt erneut den Staat als den Diener mächtiger Kapitalistengruppen, deren Anweisungen er einfach entspricht. Hält man demgegenüber, daß es im vergangenen Jahre gerade die württembergische Regierung war, die gegenüber den Arbeitern, als sie den 10-prozentigen Lohnabzug nicht widerspruchslos auf sich nehmen wollten, die ganze Macht der Staatsgewalt einsetzte, so hat man ein Bild von jener „Gleichheit“ vor dem Gesetz, die angeblich das oberste Prinzip der Republik darstellt.

Der Streik um die Vorkosten an der deutschen Goldmünzfabrik. In einem Schreiben, das Vrland an die Finanzkommission der Kammer gerichtet hat, bezieht er sich auf die Uebereinkunft von Spa und verlangt für Frankreich die Priorität bei der Bestellung der deutschen Milliarden Goldmark.

Ein sozialistischer Abgeordneter im Schweizerischen Nationalrat. Der Nationalrat wählte am Donnerstag an Stelle des verstorbenen Gustav Müller den Kandidaten der sozialistischen Fraktion Stadler Alessi-Zürich mit 63 von 111 Stimmen zu seinem Vizepräsidenten.

Zeitschriftenchau

Unter den unzähligen deutschen Zeitschriften nimmt die Zeitschrift „Bivos Poco“ (Leipzig, Kofitztrage 14) eine besondere Stellung ein. Sie ist die einzige große bürgerliche Zeitschrift, die ganz und einheitlich im Dienste einer Erneuerung des deutschen geistigen und politischen Lebens steht. Herausgegeben von Franz Carl Endres, Hermann Hesse und Richard Woltereck, nimmt sie ungefähr die Stellung ein, die der von Morel herausgegebenen englischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ und der italienischen Zeitschrift „Rassegna Internazionale“ entspricht. Politisch steht die Zeitschrift ungefähr neben der „Welt am Montag“. Auch Parteilosen wie Otto Jansen und Eduard Erbes arbeiten mit. Sehr interessant sind in jedem Heft die Rubriken, die sich mit Volksbildungsfragen, Jugendbewegung, Literatur und internationaler Fürsorge befassen. Jedes Heft ist 50 bis 60 Seiten stark. Die Zeitschrift würde gut tun, unter einem anderen Titel zu erscheinen. Dieser steht ihrer Verbreitung sicher im Wege.

Das Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik bringt in seiner neuesten Nummer (48. Bd., 2. Heft) eine Anzahl wertvoller Beiträge, so die Aufsätze von Prof. T. Schumpeter „Sozialistische Möglichkeiten von heute“, von Prof. E. Leberer „Sozialisierung und Gesellschaftsverfassung“ und die Abhandlung von Paul Oberer „Bauerrevolution und Bolschewismus“, die eine gute Darstellung der russischen Frage stellt. In die neueste Zeit entfällt. Interessant ist auch der Aufsatz von Prof. R. Mikels über die Betriebsbesetzungen in Italien, der die Vorgänge vom September 1920 sehr anschaulich schildert.

Eine neue illustrierte Monatschrift, „Faust“, erscheint unter besonderer Mitwirkung von Gerhart Hauptmann, Ferruccio Busoni und Ludwig Justi vom 1. Oktober ab im Verlag von Julius Bard in Berlin. Die Zeitschrift wird Hauptfragen unseres Geistes- und Kunstlebens in abgeschlossenen Darstellungen behandeln.

Neuererscheinungen

Eine Auswahl

- Carl Boger: Romer. Gedichte. 96 Seiten. Preis 6 M. Verlag Eugen Diederichs, Jena.
- Ernst Driehn: Sprach-Bibliographie. Ein Handbuch von Marx in die sprachwissenschaftliche Lehre. 60 Seiten. Preis 5 M. Deutsche Verlags-Gesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Charlottenburg.
- Kubell Goldberg: Grundrissen des Reichsstaatsrechts. Sechsmalige Auflage. 277 Seiten. Preis 16 M. Verlag G. O. Loh u. Co., Leipzig und Wien.
- Stenografisches Jahrbuch: Das Jahr der Bühne. Neunter Band. 161 Seiten. Preis 16. Verlag der Weltbühne, Charlottenburg.
- Herman Roth: Die deutsche Volkswirtschaft. Preis 7 M. Verlag Neues Leben, Berlin.
- Veit Reppel: Landwirtschaft, Industrie und Handwerk. Neue, durchgesehene und erweiterte Ausgabe. Aus dem Englischen überlegt von Theodor Völcker. Buchausstattung von Heinrich Vogel, Leipzig. Preis 25 Seiten. Preis 16 M. Verlag „Der Bücherhändler“, Berlin O. N.
- W. H. Rabel: Der Sachenfall. Studien bürgerliche Eigen. 143 Seiten. Preis 20 M. Jährlicher Verlag, Berlin.
- Walt Williams: Grundrissen. Neue Ausgabe. Deutsch von Hans Kollmer. 144 Seiten. Preis 25 M. S. Fischer, Verlag, Berlin.

Kleine Chronik

Von John Henry Kadav ist loeben ein neues Werk „Der Freiheitlicher“, die „Psychologie einer Entwicklung“, ein Gegenstück zu seinem bekannten Aufsatz „Die Anarchisten“, als Privatausgabe im Selbstverlag des Verfassers (Charlottenburg, Berliner Straße 188) erschienen.

„Stamm der Mensch vom Affen ab?“ Auf diese die fesselnde Menschheit so lebhaft beschäftigende Frage gibt Gg. Engelhart Graß in einer Broschüre unter diesem Titel, die als Heft der Sammlung „Proletarische Jugend“ in der Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, Berlin C. 2, erschienen ist, erschöpfende Antwort. Dieses Büchlein ist ein Handbuch naturgeschichtlicher Belehrung, eine glänzende Popularisierung der Abstammungslehre. Diese Schrift kann jeder Arbeiter, jede Arbeiterin lesen: Sie vermittelt reiches Wissen in leicht verständlicher Form. Der Arbeiterjugend insbesondere dürfte die Schrift zur Aufklärung und Anregung eine willkommenes Gabes sein. Der Preis der Schrift, die durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Straße 188-9, zu beziehen ist, beträgt 4 Mark. Bei Parteilicheitungen durch die Organisation gewährt der Verlag Preisermäßigung.

